

Ulla Groskurt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Trotz der mehr als deprimierenden Erfahrungen mit der Beratung und Diskussion zum Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz resignieren die Oppositionsfraktionen nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das ist gut so. Genau wegen dieser Erfahrungen wäre es mehr als notwendig gewesen, die Punkte im Antrag der Fraktion DIE LINKE ernst zu nehmen und zu besprechen. Das ist nämlich nicht passiert. - Wo ist sie geblieben?

(Editha Lorberg [CDU]: Wer?)

- Frau Pieper. Frau Pieper hat gerade gesagt, dass wir das besprochen hätten. Ich wollte nur sagen, dass das nicht wirklich passiert ist.

Frau Flauger, ich danke Ihnen, dass Sie noch einmal die Situation der Frauen in Leitungsfunktionen und auch im beruflichen Leben deutlich gemacht haben. Das kann man gar nicht oft genug tun. Wir haben ja eben erfahren, dass es immer noch nicht entsprechend aufgenommen und schon gar nicht umgesetzt wird.

Die SPD-Fraktion hat zwar bereits bei der ersten Beratung im November gesagt, dass sie sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten wird. Das möchte ich aber noch ergänzend begründen.

Erstens. Nach den vorher schon angesprochenen Erfahrungen mit der Behandlung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes sind wir fast auf Ihrer Seite; was allerdings die Einrichtung eines eigenständigen Frauenministeriums angeht, nicht so ganz. Dazu hätten wir folgenden Vorschlag: Frau Ministerin Özkan müsste eigentlich erheblich entlastet werden, und eine starke Frau müsste die Verwirklichung der Forderungen der Frauen unterstützend in die Hand nehmen. Da aber bei den Fraktionen von CDU und FDP keine zweite Heidi Merk in Sicht ist, macht es, glaube ich, nicht wirklich Sinn.

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Heidi wer?)

- Die Ungnade der späten Geburt.

(Zuruf von der CDU: Das wollen wir aber nicht!)

- Das täte Ihnen aber gut.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zweitens. Zur Niedersächsischen Gemeindeordnung habe ich mich im November ausführlich geäußert. Darauf beziehe ich mich heute.

Was die Punkte 3 und 4 Ihres Antrages angeht, so haben sich die Forderungen zum Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz - sehr zum Bedauern auch der SPD-Fraktion - erledigt. Das macht uns sogar richtig zornig. Wir trauern mit Ihnen. Ich glaube, mindestens alle Frauen in Niedersachsen trauern mit uns - die Männer aber auch, glaube ich.

(Beifall bei der SPD - Anhaltende Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, darf ich kurz unterbrechen? - Ich sage noch einmal: Wer an dem Thema kein Interesse hat, soll nicht gezwungen werden, der Debatte unbedingt zu folgen; er kann den Plenarsaal auch verlassen. Aber diejenigen, die hier sind, bitte ich schon, dem Thema die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Ulla Groskurt (SPD):

Danke schön. - Die Fraktionen von CDU und FDP haben wider besseres Wissen und unter Nichtbeachtung der Einlassungen der Experten aufgrund von Masse und nicht von Klasse entschieden.

Fünftens. Ihre Forderung, niedersächsische Frauenprojekte materiell abzusichern und auszubauen, werden wir spätestens ab September bei den Haushaltsberatungen wieder auf der Tagesordnung haben und uns gemeinsam mit Ihnen dafür einsetzen.

Die Punkte 6 und 7 sollten wir im Auge behalten, und wir sollten diesbezüglich Fachkompetenz einfordern, die offensichtlich bei den Mehrheitsfraktionen im Kultusausschuss nicht wirklich vorhanden war.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, die SPD wird wohl noch zwei Jahre das schwere Los der Opposition tragen müssen.

(Zuruf von der CDU: Länger!)

Ich habe heute Morgen schon gesagt, länger will sie das wirklich nicht. Es ist jetzt genug.

(Beifall bei der SPD - Astrid Vockert [CDU]: Wollen allein reicht nicht!)

Dann wird es eine sozialdemokratisch geprägte, frauenfördernde Politik geben.

(Astrid Vockert [CDU]: Das haben wir schon alles erlebt, aber negativ!)

Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Linken, sollten nicht verzagen: Schlimmer als heute kann Opposition nicht werden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Riese von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Roland Riese (FDP):

Herzlichen Dank. - Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Überschrift des Antrags, den wir heute ablehnen sollten, steht u. a. die schöne Forderung: Frauenrechte voranbringen. - Im Antrag aber habe ich über Frauenrechte relativ wenig gelesen.

Es kann auch gar nicht darum gehen, Frauenrechte voranzubringen, weil wir uns bereits am 11. November 2010 an dieser Stelle bei der ersten Beratung dieses Antrages darüber einig waren, dass wir vom Europarecht über das Bundesrecht bis zum Landesrecht eine Rechtslage haben, die gleiche Rechte für Männer und Frauen vorsieht. Das ist ausdrücklich gut so. Wer vor einem solchen Hintergrund Frauenrechte voranbringen möchte, der möchte in Wirklichkeit Sonderrechte schaffen und damit die Gleichberechtigung aufheben

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch und Lachen bei der SPD und bei der LINKEN - Hans-Henning Adler [LINKE]: Jeder blamiert sich so gut er kann!)

und damit ein Erbe pflegen, das einem anhängt wie eine Bleikugel, die einem an den Fuß gekettet ist.

Im Antrag feiern die Antragstellerinnen und Antragsteller Clara Zetkin ab, die zwar auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen seinerzeit einen Antrag gestellt hat, aber nicht die Idee mitgebracht hat. Die Idee kam vielmehr aus Amerika und stammt von der Sozialistin May Wood Simons, die dort bereits im Jahre 1909 den Kampftag für das Frauenwahlrecht durchgesetzt hatte

und diesen Vorschlag nach Kopenhagen mitgebracht hat.)

Weil am 12. November 1918 mit den Stimmen der SPD und der USPD im Reichstag das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt wurde, war der Anlass des Frauentages historisch obsolet; denn der Frauentag war dafür eingerichtet worden und wurde gefeiert, um das Wahlrecht herzustellen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Stand 1918 reicht Ihnen also, Herr Riese!)

Historikerinnen und Historiker sind sich darin einig, dass die SPD seinerzeit das Frauenwahlrecht gefordert hat, um mehr Wählerinnen und Wähler anzuziehen. Das ist politisch ja auch durchaus legitim.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es ist aber auch ganz interessant zu wissen, dass bei der Siebten Frauenkonferenz der SPD in Weimar im Jahre 1919 ein Antrag auf Fortführung des Frauentages keine Mehrheit gefunden hat. Das Gleiche geschah beim Parteitag im Jahre 1920. Das heißt, in der SPD hat seinerzeit dafür keine Überzeugung bestanden.)

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Zu welchem Thema redet er eigentlich?)

- Ich rede über 100 Jahre Internationaler Frauentag; denn damit ist der Antrag überschrieben.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich unterbreche jetzt.

Roland Riese (FDP):

Danke.

Präsident Hermann Dinkla:

Ich finde es unangemessen, dass dem Kollegen Riese nicht der entsprechende Respekt für seine Position entgegengebracht wird. Darüber kann durchaus kontrovers diskutiert werden. Alle Fraktionen aber sind aufgerufen, zuzuhören. Das muss doch wohl möglich sein!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Alle Fraktionen haben ohnehin das Recht, hier andere Positionen deutlich zu machen. Ich finde, dass das Verhalten insofern ungebührlich ist.

Bitte!